

Redaction:
Hospitalstraße Nr. 30, 1 Treppe hoch.

Abonnementspreis pro Quartal 1 Mk.,
bei der Post und den auswärtigen Commanditen
1 Mk. 5 Pf.



Expedition:
Markt, Tuchlaube Nr. 9, 1 Treppe hoch.

Insertions-Preis:
Für die vier Mal gespaltene Petit-Zeile oder
deren Raum 10 Pf.

Die Post aus dem Riesengebirge.

Politisches Unterhaltungs-Blatt für alle Stände.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen.

Nr. 17.

Hirschberg, Sonntag den 20. Januar.

1884.

* Das Krankenversicherungsgesetz und die Gewerksvereine.

Unfallgesetz und Steuervorlagen, parlamentarische Verhandlungen und Zeitungsberichte über politische Vorgänge in der Hauptstadt nehmen das Interesse aller Politiker so sehr in Anspruch, daß Dr. Max Hirsch und seine Sendlinge glauben, ganz ungestört und unbemerkt von Ort zu Ort ihre Agitationen gegen das neue Krankenversicherungsgesetz zu Gunsten der freien Hilfskassen fortsetzen zu können.

Daß diese Agitationen sich immer in demselben Geleise bewegen und daß dabei dieselben Mittel angewandt werden, versteht sich von selbst. So wird auch jetzt wieder, wie von hier und da berichtet wird, der schon im November bekannt gewordene Aufruf des „Centralraths der deutschen Gewerksvereine“ an die deutschen Arbeiter aller Berufe massenweise vertheilt, in dem Glauben und in der Hoffnung, daß die darin enthaltenen Entstellungen und Verdrehungen, nachdem sie schon vor Wochen beleuchtet und widerlegt worden sind, jetzt, wo Niemand mehr diesen Vorgängen Aufmerksamkeit schenkt, in der beabsichtigten Weise wirken werden.

Da wird als ein Vorzug hervorgehoben, daß in den freien Kassen die Arbeiter ihre eigenen Herren sind, unter denen Brüderlichkeit und Selbstverwaltung herrscht. Was es mit der Selbstständigkeit dieser eigenen Herren auf sich hat, weiß man, seitdem bekannt geworden ist, wie sich die Arbeiter gefallen lassen müssen, von dem Verbandstage der Gewerksvereine-Invalidenkasse zu den doppelten Beiträgen verpflichtet zu werden, während die Gegenleistungen der Kasse auf den dritten Theil herabgesetzt und die bereits erworbenen Rechte der Mitglieder auf die Hälfte des Betrags vermindert worden sind, ganz zu geschweigen des Falles Pampel, der wegen Einspruchs gegen die Beschlüsse des Verbandstages seiner Rechte verlustig ging. Da wird ferner rühmend hervorgehoben, daß, wer zu einer freien Kasse gehöre, sich keinen Arzt octroyiren zu lassen brauche, sondern sich an den Arzt seines Vertrauens wenden könne: als ob, wenn Jemand krank ist, nicht gern von jedem sachverständigen Arzt die gebotene Hilfe annähme. Da wird weiter behauptet, nur die Mitgliedschaft einer freien Hilfskasse gehe unter keinen Umständen verloren, weil sie von Orts- und Beschäftigungswechsel unabhängig sei: daß diese Mitgliedschaft nicht länger dauert, als die Beiträge gezahlt werden, wird natürlich verschwiegen, wie auch fälschlich behauptet wird, daß der Ortswechsel bei den Zwangskassen Jemandem Schaden bringe. Weiter wird den Arbeitern vorgeredet, daß sie an die Hilfskassen geringere Beiträge zahlen werden, als an Zwangskassen, trotzdem bei letzteren der Arbeitsgeber ein Drittel aus seiner Tasche zu zahlen hat. Das glaube, wer kann! Die Erfahrungen mit der Hirsch'schen Verbands-Invalidenkasse lassen eher annehmen, daß die Beiträge immer höher und die Gegenleistungen dafür immer geringer werden.

Zum Schluß werden besonders die „bewährten“ Gewerksvereins-Hilfskassen den Arbeitern empfohlen. Herr Dr. Hirsch hat im Sommer Veranlassung gehabt, dieselben gegen die „Gerüchte“ zu vertheidigen, welche in der Presse darüber verbreitet waren, daß es „mit diesen Kassen nicht sonderlich stehen“ solle. Die fortschrittliche „Volkst.-Ztg.“ erklärte damals (17. August 1883), daß es sich gar nicht um „Gerüchte“ handele, sondern um Thatsachen, welche das Gegentheil von

dem beweisen, was Herr Dr. Hirsch bezüglich der Invalidenkasse behauptet.

Herr Dr. Hirsch speculirt auf das schlechte Gedächtniß und auf die Dummheit der Arbeiter, und wer etwa noch zweifelt, dem setzt er in „öffentlicher Versammlung“ auseinander, daß schwarz weiß sei. Daß diese Bemühungen von Erfolg sein werden, wollen wir im wohlverstandenen Interesse unser Arbeiter nicht hoffen. Dieselben werden schließlich die materiellen Vortheile höher zu schätzen wissen, als die schönen, fortschrittlich-demokratischen Redensarten, mit den Herr Hirsch allein politischen Einfluß zu erringen bestrebt ist.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Berlin, 18. Januar. Seine Majestät der Kaiser hatte gestern der Vorstellung im Schauspielhaus bis zum Schluß beigewohnt. — Heute Vormittag nahm der Kaiser die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Polizeipräsidenten von Madai entgegen, empfing alsdann den Generalleutnant und Generaladjutanten Frhrn. von Steinaecker und arbeitete hierauf noch längere Zeit allein. Nachmittags gegen 1 Uhr begab sich der Kaiser ins königliche Schloß, um dort als Oberhaupt des hohen Ordens vom Schwarzen Adler die zur Zeit in Berlin weilenden kapitelfähigen Ritter zur Aufnahme eines neuen Mitgliedes, des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, und hierauf zur Abhaltung eines Kapitels um sich zu versammeln. Später fand dann aus Anlaß des vorausgegangenen Kapitels bei dem Kaiser im königlichen Palais ein Galadiner von ca. 50 Gedecken statt, an welchem der Kronprinz, die Prinzen Wilhelm, Friedrich Carl, Albrecht, Prinz Friedrich Leopold, Prinz August von Württemberg, der Erbgroßherzog von Baden, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, sowie außerdem diejenigen Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, welche an dem vorangegangenen Kapitel Theil genommen hatten, eingeladen waren.

× Heute, am Jahrestage der ersten Krönung preussischer Könige und der Kaiserkrönung in Versailles, fand das diesjährige Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens statt, wobei zum ersten Male Generalfeldmarschall Graf von Moltke als Ordenskanzler fungirte und Prinz Friedrich Leopold von Preußen in den Orden neu aufgenommen wurde. Als Pathen fungirten Prinz Friedrich Carl und der Erbprinz von Sachsen-Weimar.

— Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, General-Feldmarschall Frhr. v. Manteuffel empfing gestern im Hotel Petersburg den Besuch des Kriegsministers General-Lieutenants Bronsart v. Schellendorff und begab sich darauf zu dem Kaiser ins königliche Palais. Von dort aus begab sich der Statthalter zu dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Carl, dem Prinzen August von Württemberg u. c., stattete auch dem General-Feldmarschall Grafen Moltke und einigen Generalen Besuche ab und fuhr darauf bei den Staatsministern vor. Am Abend hatte Frhr. von Manteuffel die Ehre, von der Kaiserin in Audienz empfangen zu werden.

— Dem Abgeordnetenhaus ist heute die Secundärbahnvorlage zugegangen. Zur Herstellung von Eisenbahnen werden im Ganzen 69,557,000 Mk. gefordert. Schlesien ist an diesem Betrage garnicht be-

theiligt. — Zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die schon bestehenden Eisenbahnen 20,000,000 Mk. Zur Deckung von den Mehrkosten beim Bau der Berliner Stadtbahn 3,700,000 Mk. Die Gesamtsumme, welche für den Neubau von Bahnen, sowie für Vollständigung des Staatsbahnnetzes gefordert wird, bezieht sich auf 122,146,700 Mk.

* Der bekannte Antrag Reichensperger, betr. die Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde (sogen. Kulturkampf-Paragrafen), beschäftigte das Abgeordnetenhaus in seiner heutigen (28.) Plenarsitzung. Seitens der Konservativen war hierzu ein Gegenantrag auf motivirte Tagesordnung gestellt, welcher betont, daß die Wiederherstellung des Friedens auf diesem Wege nicht gefördert werden könne, daß vielmehr die Selbstständigkeit der evangelischen und katholischen Kirche und die Versöhnung der kirchenpolitischen Gegensätze am zweckmäßigsten auf dem bereits betretenen Wege der Spezialgesetzgebung zu erstreben seien. Nachdem der Abg. Dr. Reichensperger (Olpe) seinen Antrag als eine Forderung der Gerechtigkeit eingehend motivirt, begründet der Abg. Frhr. von Hammerstein den von conservativer Seite gestellten Antrag unter Hinweis auf die als „Resolution Althaus“ bekannten Beschlüsse und betonte namentlich die Nothwendigkeit einer getrennten Spezialgesetzgebung für die beiden christlichen Kirchen. Abg. Dr. Freiherr v. Schorlemer-Alst befürwortete mit warmen Worten den Antrag Reichensperger, dessen Annahme er verlangt im Interesse des Sieges des Kreuzes über das moderne Heidenthum, während Abg. Richter die Ueberweisung des Antrages an eine vorbereitende Commission beantragt. Cultusminister Dr. v. Götler, der in längerer Rede die ablehnende Stellungnahme der Staatsregierung zu dem Antrage Reichensperger darlegt, wird durch den Abg. Dr. Windthorst bekämpft, welcher aus den Aeußerungen des Ministers den Schluß auf die Möglichkeit einer neuen Kulturkampf-Ära ziehen zu müssen glaubt. Nachdem der Antrag auf Commissions-Ueberweisung gefallen, tritt das Haus, trotz der vorgerückten Stunde, in die zweite Lesung des Antrags ein, vertagt sich aber, nachdem der erste Redner, Abg. Stöcker, nochmals die Annahme des conservativen Antrages in eingehender Rede empfohlen. Nächste Sitzung: Morgen (Sonnabend). Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, kleinere Vorlagen, Etat.

— Wie die „Post“ meldet, wird der Finanzminister Scholz in nächster Zeit einen sogenannten Nothsteuer-Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus einbringen.

‡ Der liberalen Presse ist es höchst fatal, daß sich aus den Aeußerungen des Finanzministers über die Matrikularbeiträge nach den erläuternden Erklärungen vom 16. d. M. kein Capital schlagen läßt. Die „Nat.-Ztg.“ hatte jene Aeußerungen auf der Stelle für „kolossal wichtig“ erklärt, und das würden sie vom Standpunkte der Opposition auch sein, wenn sie nicht eben in beruhigendem Sinne erläutert worden wären. Die Aufhebung der sog. „Frankenstein'schen Klausel“, wonach die Bolleinnahme des Reiches, sobald sie 130 Millionen Mark übersteigen, nach Maßgabe der Matrikularbeiträge an die Einzelstaaten zu vertheilen sind, ließe sich ihrer Wirkung nach nur mit der Uebertragung der Staatseisenbahnen an das Reich vergleichen, weshalb jeder Versuch in dieser Richtung dem gleichen Widerstande bei allen Denen begegnen müßte, welchen es um die Erhaltung der

